

Vermögensnachfolge

Gestaltung nach Zivil- und Steuerrecht

Herausgegeben von

Dr. Sebastian Spiegelberger

Notar in Rosenheim a. D.

Bearbeitet von

Dr. Hans-Peter Christl, Rechtsanwalt/Steuerberater in Rosenheim;
Dr. Christoph Döbereiner, Notar in München; *Dr. Ottmar Fleischer*, Notar in
Fürth; *Dr. Martin Leiß*, Notar in Rosenheim; *Dr. Manfred Rapp*, Notar in
Landsberg am Lech a. D.; *Dr. Ulrich Schmitz*, Notar in Zweibrücken;
Dr. Sebastian Spiegelberger, Notar in Rosenheim a. D.; *Dr. Thomas Wachter*,
Notar in München; *Dr. Eckhard Wälzholz*, Notar in Füssen;
Lucas Wartenburger, Notar in Rosenheim

3. Auflage 2020



Zitiervorschlag: Spiegelberger, Vermögensnachfolge 3. Aufl., § ... Rn. ...



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 9783406711091

© 2020 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz: Druckerei C.H. Beck Nördlingen
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH,
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Umschlaggestaltung: Martina Busch,
Grafikdesign, Homburg Saar

CO₂
neutral


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 3. Auflage

Die Erbfolge ist im BGB mit über 450 Paragrafen geregelt, während für die Vermögensnachfolge unter Lebenden nur rudimentäre Bestimmungen bestehen. Für die vorweggenommene Erbfolge fehlt eine gesetzliche Definition.

Hinter dem Begriff der Vermögensnachfolge verbergen sich unterschiedliche Schenkungen:

- Ausstattung gem. § 1624 BGB,
- irreversible Hofübergabe gem. Art. 96 EGBGB nach Landesrecht,
- widerrufliche Vorwegerbfolge mit Vorbehaltsnießbrauch,
- vermögensverwaltende Kommanditgesellschaft und die Sparschwein-GmbH,
- Familienstiftung mit der Variante der Doppelstiftung,
- Ehegattenübertragungen während der Ehe und zum Vollzug der Scheidung und
- Erwerb bei Auseinandersetzung der Erbengemeinschaft.

Alle Gestaltungen unterliegen unterschiedlichen familien- und erbrechtlichen Vorgaben, sodass die einzelnen Vertragstypen einer gesonderten Analyse bedürfen.

Aufgrund der über 70 Jahre andauernden Friedenszeit hat sich das Übertragungsvolumen erhöht. In Abkehr von der früheren Maxime: „Man zieht sich erst aus, wenn man sich hinlegt“, sind Eltern nunmehr bereit, bereits zu Lebzeiten mit ihren Kindern Regelungen über die Vermögensverteilung zu treffen, nicht zuletzt um die dramatisch gestiegene Erbschaftsteuerbelastung zu vermindern.

Bei der ersten Auflage dieses Werkes im Jahr 1994 konnte die Vermögensnachfolge in einem Band dargestellt werden; bereits bei der zweiten Auflage 2009 und 2010 wurde die Trennung in zwei Bände erforderlich. Die dritte Auflage konnte nur durch die Mitwirkung in der Vertragspraxis erfahrener Autoren gelingen. Alle Mitautoren werden auch an der 2020 erscheinenden dritten Auflage der „Unternehmensnachfolge“ beteiligt sein.

Für Kritik und Anregungen sind alle Autoren aufgeschlossen. Für Hinweise und Anregungen sind wir stets dankbar (spiegelberger@s-w-a.de).

Rosenheim, Dezember 2019

Dr. Sebastian Spiegelberger

*Das letzte Wort spricht immer
der konkrete Fall.
Er ist der größte, wenn auch
nicht der einzige Lehrmeister.
Leo Raape JW 1926, 799*

Vorwort zur 1. Auflage

Während das BGB für die Rechtsfolgen des Erbfalls über 460 Paragraphen bereithält, fehlt für die vorweggenommene Erbfolge eine zusammenhängende gesetzliche Regelung. Dennoch erfolgt der Vermögensübergang meist nicht durch den Erbfall, sondern aufgrund vorsorgender Planung durch vertragliche Vereinbarung im Wege der vorweggenommenen Erbfolge, um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten, ein Höchstmaß an individueller Regelung zu ermöglichen und die Steuerbelastung des Nachfolgers zu minimieren.

Eine ausgewogene Gestaltung wird im allgemeinen nur erreicht, wenn sowohl das Zivil- als auch das Steuerrecht in der gegenseitigen engen Verzahnung Berücksichtigung finden. Ein besonderes Anliegen dieses Werkes ist es daher, auf die Interdependenz von Zivil- und Steuerrecht hinzuweisen. Mit den dargelegten Gestaltungsmöglichkeiten, die aus dem notariellen Alltag hervorgegangen sind, werden kautelarjuristisch erprobte Regelungen aufgezeigt. Die Darstellung orientiert sich an der Praxisrelevanz. Mein Bestreben war es, dem Leser außer der Problemdarstellung auch einen Formulierungsvorschlag anzubieten. Von dem Notar, Rechtsanwalt, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer wird nicht nur die Beherrschung der Vertragstechnik, sondern vielmehr eine Gestaltungsberatung erwartet. Somit müssen die spezifischen zivil- und steuerrechtlichen Vorteile und Risiken, die Auswahlkriterien und die typische Interessenlage für die jeweilige Fallgestaltung analysiert werden.

Das vorliegende Werk ist eine zusammenfassende Darstellung der vorweggenommenen Erbfolge und Erbaueinandersetzung unter Berücksichtigung der BMF-Schreiben vom 11.1.1993 (BStBl. 1993 I S. 62 und S. 80). Vertraute Vertragsmuster sind steuerschädlich geworden, neue Gestaltungsprinzipien treten in den Vordergrund. Die BMF-Schreiben wurden kommentiert, die eingetretenen Verschärfungen kritisch untersucht und, soweit durch Rechtsprechung und Literatur nicht gesichert, in Frage gestellt. Die Rechtsentwicklung ist keinesfalls abgeschlossen.

Für Hinweise und Anregungen bin ich allen Benutzern dieses Buches stets dankbar.

Rosenheim, im Januar 1994

Sebastian Spiegelberger

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XXXIX

Erster Teil. Übertragungen auf Abkömmlinge

§ 1 Dogmatik der vorweggenommenen Erbfolge	1
§ 2 Steuerrecht und Vorwegerbfolge	81
§ 3 Frühzeitige Vorsorgemaßnahmen	128
§ 4 Nießbrauchsgestaltungen	167
§ 5 Wohnungsrecht und Leibgeding	208
§ 6 Überlassung mit wiederkehrenden Bezügen	257
§ 7 Sukzessiverwerb und Kettenschenkung	278
§ 8 Rechtsgeschäfte unter Lebenden auf den Todesfall	295
§ 9 Erbrechtliche Rechtsgeschäfte und Verfügungen	311
§ 10 Entgeltliche und teilentgeltliche Rechtsgeschäfte	328

Zweiter Teil. Vermögensverwaltende Personengesellschaften

§ 11 Gesellschaft bürgerlichen Rechts	369
§ 12 Vermögensverwaltende Familien-Kommanditgesellschaft	431
§ 13 Vermögensverwaltende GmbH & Co. KG	472
§ 14 Sparschwein-GmbH	505

Dritter Teil. Sonstiger unentgeltlicher Erwerb

§ 15 Erbrechtsreform und Erbaueinandersetzung	531
§ 16 Erwerb vom Ehegatten	577
§ 17 Die Europäischen Güterrechtsverordnungen (EuGüVO und EuPartVO)	604
§ 18 Die Europäische Erbrechtsverordnung (EuErbVO)	629
§ 19 Stiftung als Instrument der Vermögensnachfolge	661
Stichwortverzeichnis	737

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil. Übertragungen auf Abkömmlinge

§ 1 Der Vertragstyp der vorweggenommenen Erbfolge

A. Dogmatik	4
I. Rechtsgeschichtliche Betrachtung	6
II. Definitionsversuche	9
III. Sonstige Übertragungsvarianten	11
1. Reine Schenkung	12
2. Auflagenschenkungen	12
3. Gemischte Schenkung	12
4. Altenteilsvertrag gem. Art. 96 EGBGB	13
IV. Merkmale der vorweggenommenen Erbfolge	13
1. Entgeltfremdheit	13
2. Gesetzliches Erbrecht als Abkömmling oder Geschwisterkind	14
3. Existenzsichernde Wirtschaftseinheit	15
4. Familienrechtlicher Versorgungsvertrag	16
5. Dauerschuldverhältnis	17
6. Widerrufs- und Rückforderungsrechte	17
a) Gesetzliche Widerrufsrechte	17
b) Vertragliche Rückforderungsrechte	18
7. Vorweggenommene Erbfolge kein Verkehrsgeschäft	18
V. Pflichtteil und Erbaugleichung	19
1. Pflichtteilergänzung	19
2. Erbaugleichung gem. § 2050 BGB	19
VI. Leistungsstörungen	20
1. Altenteilsverträge gem. Art. 96 EGBGB	20
2. Anwendung von Kaufvertragsrecht?	21
3. Anwendung erbrechtlicher Vorschriften?	23
4. Schenkungsrecht	23
a) Abzug von Belastungen	24
b) Saldierung	25
c) Entreicherung	26
d) Kritik	26
5. Rechtsfolgen bei Typenverschmelzungsverträgen	26
6. Zweckverfehlung	27
7. Wegfall der Geschäftsgrundlage	28
8. Positive Vertragsverletzung	29
9. Zusammenfassung	29
VII. Definition der vorweggenommenen Erbfolge	30
1. Dogmatische Einordnung	30
2. Vertragstypenlehre	31
3. Der Vertragstyp der Vorwegerbfolge	32
4. Vorteile der Vorwegerbfolge	32
B. Grundzüge des Überlassungsvertrags	32
I. Vertragsgegenstand	33
1. Frei übertragbares Vermögen	33
a) Immobilien	33

Inhaltsverzeichnis

b) Bewegliche Gegenstände	33
c) Kapitalanlagen	34
d) Urheberrechte	34
e) Betriebsübertragung	34
f) Lebensversicherungen	35
2. Rechtlich gebundenes Vermögen	35
a) Gesellschaftsanteile	35
b) Nacherbschaftsgebundene Vermögensgegenstände	36
c) Durch Erbvertrag gebundenes Vermögen	37
d) Betreuungsüberwachtes Vermögen	38
3. Zuwendungsverbot gem. § 14 HeimG	39
4. Einräumung von Nutzungsrechten	40
a) Zuwendungsnießbrauch	40
b) Obligatorische Nutzungsrechte	41
II. Volljährige Abkömmlinge	41
III. Minderjährige beim Immobilienerwerb	41
1. Lediglich rechtlicher Vorteil	41
2. Vertretungsausschluss	42
a) Nichtvermietete und nichtverpachtete Grundstücke	43
b) Vermieteter und verpachteter Grundbesitz	43
c) Kostentragung	44
d) Öffentliche Lasten	45
e) Dingliche Haftung	45
f) Pflichtteilsanrechnung	45
g) Widerruf und Rückforderungsrechte	46
h) Wohnungs- und Teileigentum	46
i) Kritik	46
3. Auswahl des Ergänzungspflegers	48
4. Familiengerichtliche Genehmigung	49
a) Erwerb von Grundstücken	49
b) Wohnungseigentum	50
c) Rückforderungsrecht	51
5. Annahme von Vermächtnissen	51
6. Beteiligung Minderjähriger an Gesellschaften	52
a) Erwerbsgeschäft	52
b) Kommanditgesellschaft	52
c) GmbH-Geschäftsanteil	53
d) Aktien und Wertpapiere	54
7. Bekanntgabe der familiengerichtlichen Genehmigung	54
8. Gebrauchmachen der familiengerichtlichen Genehmigung	54
IV. Übernahme von Belastungen	55
1. Dingliche Haftung	55
2. Schuldübernahme	55
3. Abstandszahlungen und Geschwistergleichstellungsgelder	56
V. Versorgung des Übergebers	56
VI. Pflichtteil und Erbausgleichung	56
1. Pflichtteilsanrechnung	57
a) Rechtliche Bedeutung	57
b) Rechtsfolgen	58
c) Ausschluss der Pflichtteilsanrechnung	58
2. Erbausgleichung	59
a) Gesetzliche Ausgleichspflicht gem. § 2050 BGB	59
b) Ausgleichung von Ausstattungen	59

Inhaltsverzeichnis

c) Zuschüsse und Berufsausbildungsaufwendungen	59
d) Andere Zuwendungen	59
e) Ausgleichsregelung durch den Übergeber	60
f) Gesetzliche Ausgleichung der vorweggenommenen Erbfolge?	60
3. Erb- oder Pflichtteilsverzicht	62
4. Pflichtteilsanrechnung und Erbausgleichung als Typusmerkmale	62
VII. Vertragliche Rückforderungsrechte	62
1. Die Risiken der Vorwegerbfolge	63
2. Sicherungskonzeptionen	63
a) Auflösend bedingte Schenkung	64
b) Angebot auf Rückübertragung	64
c) Außerordentliche Kündigung und Ausschließung bei Personen- gesellschaftsverträgen	64
d) Vertragliches eigenständiges Rückforderungsrecht	65
e) Rücktrittsrecht gem. §§ 346 ff. BGB	66
f) Herausgabeanspruch gem. §§ 812 ff. BGB	66
g) Vertragsgestaltung	67
h) Rückübertragungsvollmacht	67
3. Einzelne Rücktrittsgründe	67
a) Veräußerung und Belastung des Schenkungsgegenstands durch den Erwerber	68
b) Vorversterben des Erwerbers	68
c) Insolvenz des Erwerbers	69
d) Wesentliche Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Erwerbers	70
e) Getrenntleben, Scheidung oder Vereinbarung der Güterge- meinschaft	70
f) Anfall von Schenkungsteuer	71
g) Freies Widerrufsrecht	72
4. Zeitliche Begrenzung des Rückforderungsrechts	73
a) Präklusion von Rücktrittsgründen?	73
b) Familiengut	73
c) Zeitliche Grenzen für Verfügungsunterlassungsverträge	74
d) Befristung der Ausübungserklärung?	75
5. Eintragung der Rückauffassungsvormerkung im Grundbuch	75
a) Mehrere Vormerkungsberechtigte	76
b) Löschungserleichterung	76
c) Heilung nicht beurkundeter Rückübertragungsverpflichtungen	77
VIII. Sozialhilferecht	77
1. Regress sozialstaatlicher Hilfe gem. SGB II	77
2. Sozialhilfeleistungen nach SGB XII	77
3. Sozialhilfe für Behinderte: Bundesteilhabegesetz	78
4. Sozialrechtlicher Regress nach SGB XII	78
5. Familienwohnheim als Schonvermögen	79
6. Wegzugsklauseln	80

§ 2 Steuerrecht der Vorwegerbfolge

A. Überblick	83
I. Praxis der Vorwegerbfolge	83
II. Erbschaftsteuer	84
III. Entwicklung der Einkommensteuer	84
1. Rechtsentwicklung seit 1896	84

Inhaltsverzeichnis

2. Nießbrauchsrechtsprechung des BFH	86
3. Wegfall der Einheitswerte	86
4. Jahressteuergesetz 2008	86
5. Einkommensteuerliche Grundlagen	87
a) Betriebliche Einkunftsarten	87
b) Kapitalvermögen	87
c) Sonstige Einkünfte	87
d) Vorwegerbfolge	87
6. Haftungsrechtsprechung	88
B. Einkommensteuer	88
I. Einkommensteuerliche Ziele	88
1. Verlagerung von Einkunftsquellen	88
2. Nutzung von Freibeträgen	89
3. Progressionsminderung	89
4. AfA-Erhöhung	89
5. Erhöhung des Schuldzinsenabzugs	90
6. Steuerfreies Anwachsen stiller Reserven	90
7. Sonderausgabenabzug	90
8. Vermeidung eines gewerblichen Grundstückshandels	90
9. Schenkungsteuerliche Vorteile	91
II. Einkommensteuerliche Systematik	91
1. Dogmatische Einordnung	91
2. Die Irrfahrt der privaten Versorgungsrente	92
3. Verlustabzug gem. § 10d EStG	93
4. Verrechenbare Verluste gem. § 15a Abs. 2 EStG	94
5. Außergewöhnliche Belastungen	94
III. Mehrere Leistungsempfänger	94
C. Erbschaft- und Schenkungsteuer	95
I. Schenkungsteuerliche Ziele	96
1. Ausschöpfung der Freibeträge im Zehn-Jahres-Turnus	96
2. Verminderung der Bemessungsgrundlage durch Gegenleistungen	96
3. Progressionsminderung durch mehrere Schenkungsfälle	96
4. Steuersaldierung von Negativ- mit Positivschenkungen	96
5. Mittelbare Grundstücksschenkung	97
6. Generationensprung	97
7. Schenkung von Betriebsvermögen gem. §§ 13a und 13b ErbStG ...	97
8. Steuerfreie Rückabwicklung	97
II. Wichtige Grundlagen des ErbStG	98
1. Steuersätze	98
a) Steuersätze	98
b) Erwachsenenadoption	98
2. Freibeträge	98
3. Wiederkehrende Nutzungen und Leistungen	99
a) Bewertungsgesetz	99
b) Abziehbarkeit von Nutzungsrechten	100
III. Grundstücksbewertung	100
1. Unbebaute Grundstücke	101
2. Bebaute Grundstücke	101
a) Vergleichswertverfahren	101
b) Ertragswertverfahren	102
c) Sachwertverfahren	103

Inhaltsverzeichnis

d) Bewertung von Erbbaurechten	105
e) Gebäude auf fremdem Grund und Boden und Grundstücke im Zustand der Bebauung	107
f) Kritik	107
IV. Verschonungsregelungen für Betriebsvermögen gem. §§ 13a, 13b, 13c iVm 19a, 28a ErbStG	107
1. Überblick	108
2. Verwaltungsvermögen	108
a) Unschädliche Nutzungsüberlassungen	109
b) Anteile an Kapitalgesellschaften bis zu 25 %	109
c) Einbringung von Minikapitalgesellschaftsanteilen in eine ge- werblich geprägte Personengesellschaft?	111
d) Das Wohnungsunternehmen	112
3. Schulden und Lasten	113
4. Berücksichtigung von Teilungsanordnungen	113
5. Gleitender Abzugsbetrag	114
6. Behaltenskontrolle gem. § 13a Abs. 6 ErbStG	115
a) Erbschaftsteuernacherhebung	115
b) Anteilige Nacherhebung	115
c) Reinvestition	116
7. Partielle Verringerung der Doppelbelastung mit ESt und ErbSt	116
V. Auslands Sachverhalte	116
1. Unbeschränkte Steuerpflicht gem. § 2 Abs. 1 Nr. 1 ErbStG	117
a) Wohnsitz und Aufenthaltsort	117
b) Vermeidung des Doppelbesteuerung	117
2. Beschränkte Steuerpflicht gem. § 2 Abs. 1 Nr. 3 ErbStG	118
3. Erweiterte beschränkte Steuerpflicht gem. § 4 AStG	118
D. Grunderwerbsteuer	119
I. Abgrenzung von der Schenkungsteuer	119
II. Gegenleistungen und Auflagen	120
1. Nießbrauch	120
2. Leibrenten	120
III. Entstehung der Steuerschuld	121
IV. Nacherhebung von Grunderwerbsteuer	121
V. Anzeigepflichten	122
VI. Reformüberlegungen	122
E. Umsatzsteuer	122
I. Umsatzsteuerbefreiung	123
1. Umsatzsteuerbefreiungen bei Vermietung und Verpachtung	123
2. Befreiung von Umsätzen, die unter das Grunderwerbsteuergesetz fallen	123
II. Option	123
1. Steuerpflicht	124
2. Option zur Umsatzsteuerpflicht	124
III. Vorsteuerberichtigung	125
IV. Grundstücksübertragung unter Vorbehaltsnießbrauch	125
V. Zuwendungsnießbrauch	125
VI. Vorwegerbfolge mit Verpachtung	126
VII. Musterklausel für eine vorsorgliche Option (nach Spiegelberger/ Schallmoser/Küfner, Kap. 1.856)	126

Inhaltsverzeichnis

§ 3 Frühzeitige Vorsorgemaßnahmen

A. Vorsorgevollmacht mit Betreuungsregelung und Patientenverfügung	130
I. Generalvollmacht	130
1. Vollmachtumfang	131
2. Post- und transmortale Vollmacht	131
3. Formfragen	133
4. Missbrauchsverhinderung	134
II. Vorsorgevollmacht	134
III. Betreuungsregelung	135
IV. Patientenverfügung	135
1. Gesetzliche Regelung	136
2. Neuere BGH-Rechtsprechung	136
3. Praxisprobleme	137
4. Zeitliche Komponente	137
V. Formulierungsvorschlag	138
B. Frühzeitiges Testament	141
I. Erbfolge	141
1. Testamentserrichtung	141
a) Kinderlose Ehepaare	141
b) Ehepaare mit Kindern	142
2. Vermeidung einer Erbengemeinschaft	142
3. Vermögensverwaltende Immobilien-KG	142
II. Kinderloses Ehepaar	142
1. Interessenlage	142
2. Gemeinschaftliches Testament	143
3. Formulierungsvorschlag	143
4. Anmerkungen	143
a) Form	143
b) Vermeidung einer Erbengemeinschaft	144
c) Bindungswirkung	144
III. Vor- und Nacherbschaft	144
1. Gesetzliche Regelung	144
2. Gestaltungshinweis	144
3. Supervermächtnis	145
4. Vorerbschaft zur Haftungsbegrenzung	145
IV. Berliner Testament	146
1. Interessenlage	146
2. Gesetzliche Regelung	146
3. Erbvertrag statt gemeinschaftlichem Testament	147
4. Steuerliche Beurteilung	147
5. Optionen beim Berliner Testament bei Ausschlagung	148
6. Gestaltungsvorschlag	148
7. Anmerkungen	150
a) Sicherung	150
b) Form	151
c) Testamentsvollstreckung	151
d) Rücktritt	151
e) Pflichtteil	151
V. Württembergisches Testament	151
1. Wirtschaftliches Eigentum	151
2. Erbschaftsteuervorteile	152
VI. Patchwork-Familie	152

Inhaltsverzeichnis

C. Ausstattung	153
I. Gesetzliche Regelung	153
II. Rechtsnatur	154
III. Abgrenzung zur Schenkung	154
IV. Ausgleichung gem. § 2050 BGB	155
V. Pflichtteilergänzung	155
VI. Gläubigeranfechtung	156
VII. Formulierungsvorschlag: Ausstattung	156
VIII. Erläuterungen	158
1. Ausstattung statt Vorwegerbfolge	158
2. Beleihung	158
3. Ausweichgestaltungen	158
4. Auflassungsvormerkung	159
5. Erschließungskosten	159
6. Zugang und Zufahrt, Versorgungsdienstbarkeiten	159
7. Pflichtteilsanrechnung, Erbausgleichung	159
8. Kein Widerrufsrecht	159
9. Schenkungsteuer	159
10. Grunderwerbsteuer	159
D. Adoption	160
I. Minderjährigenadoption	160
II. Erwachsenenadoption	160
1. Anwendungsbereich	160
2. Gesetzliche Regelung	161
3. Namensgebung	161
4. Unterhaltsverpflichtung	161
5. Pflichtteil	162
6. Aktuelle Rechtsprechung	162
a) OLG Nürnberg	162
b) OLG Stuttgart	163
7. Formulierungsvorschlag eines Adoptionsantrags	164

§ 4 Nießbrauchsgestaltungen

A. Überblick	169
I. Rechtsnatur	171
1. Rechtsgeschichtliche Betrachtung	171
2. Gesetzliche Regelung im BGB	171
a) Vermögensgegenstände	171
b) Nießbrauch an Sachen	172
c) Nießbrauch an Rechten	172
d) Nießbrauch am Vermögen im Ganzen	172
II. Nießbrauchsvarianten	172
1. Nettonießbrauch	173
2. Bruttonießbrauch	173
3. Bruchteilnießbrauch	173
4. Quotennießbrauch	173
5. Vorbehaltsnießbrauch	173
a) Dispositionsnießbrauch	174
b) Eigentümergebiet	174
6. Zuwendungsnießbrauch	174
7. Vermächtnisnießbrauch	174
8. Unternehmens- und Nachlassnießbrauch	175

Inhaltsverzeichnis

9. Sicherungsnießbrauch	175
10. Schuldrechtlicher Nießbrauch	175
11. Ertragsnießbrauch	175
III. Einkommensteuer	176
B. Vorbehaltsnießbrauch an Immobilien	176
I. Belastungsgegenstand	177
II. Modifizierung der Rechtsfolgen	177
III. Wohnungseigentum	179
IV. Mehrere Nießbrauchsberechtigte	179
V. Minderjährige	179
VI. Zwangsvollstreckungsschutz	181
VII. Grundbucheintragung	182
VIII. Rückabwicklung	182
IX. Pflichtteilkürzung und Pflichtteilergänzung	183
1. Pflichtteilkürzung	183
2. Pflichtteilergänzung	184
3. Gestaltungsempfehlung	185
X. Einkommensteuer	186
1. Vorbehaltsnießbrauch	186
2. Mehrere Nießbrauchsberechtigte	187
XI. Schenkungsteuer	187
1. Abzug	187
2. Schenkung eines Nießbrauchsrechts	187
XII. Vertragsgestaltung	188
1. Beratungssituation	188
2. Formulierungsbeispiel: Vorbehaltsnießbrauch	189
3. Erläuterungen	192
a) Schuldübernahme	192
b) Ausgleichspflicht und Pflichtteilsanrechnung	193
c) Rücktrittsrecht	193
XIII. Checkliste: Dinglicher Vorbehaltsnießbrauch bei vorweggenommener Erbfolge	194
C. Nießbrauchsablösung	195
I. Zivilrecht	195
II. Einkommensteuer	195
1. Ablösung durch wiederkehrende Leistungen	195
2. Ablösung durch Einmalzahlung	196
3. Surrogation	197
III. Schenkungsteuer	197
1. Verzicht	197
2. Surrogation	198
IV. Urkundengestaltung: Nießbrauchsablösung	198
D. Zuwendungsnießbrauch	199
I. Zivilrecht	199
1. Zuwendungsnießbrauch	199
2. Grundbucheintragung	200
3. Pfändung des Nießbrauchs	200
4. Minderjährige	200
a) Vertretung	200
b) Familiengerichtliche Genehmigung	201
II. Einkommensteuer	201
1. Steuerliche Anerkennung	201

Inhaltsverzeichnis

2. Entgeltlicher und unentgeltlicher Zuwendungsnießbrauch	202
a) Entgeltlicher Nießbrauch	202
b) Unentgeltlich bestellter Nießbrauch	203
III. Schenkungsteuer	204
1. Steuerpflicht	204
2. Bewertung	204
3. Verzicht	204
4. Anzeigepflicht	204
IV. Umsatzsteuer	204
V. Urkundengestaltung: Zuwendungsnießbrauch	206
1. Formulierungsvorschlag	206
2. Anmerkungen zum Formulierungsvorschlag gem. V.	206
a) Verlagerung aller Werbungskosten auf den Nießbraucher	206
b) Laufzeit	206
c) Familiengerichtliche Genehmigung	207

§ 5 Wohnungsrecht und Leibgeding

A. Altenteilsvertrag	210
I. Hofübergabe und Wohnhausübertragung	210
1. Landwirtschaftliche Übergaben	210
2. Städtische Wohnhausübertragung	211
II. Dualistischer Leibgedingsbegriff	211
B. Überlassungsvertrag mit Leibgeding	211
I. Wohnungsrecht	212
1. Begriff	212
2. Belastungsgegenstand	212
3. Abgrenzung zum Mietvertrag und Nießbrauch, entgeltliche Wohn- nungsrechte	213
a) Abgrenzung	213
b) Gegenleistung	214
c) Kosten und Lasten, Nießbrauch	214
4. Mitbenutzungsrechte	214
5. Nebenkosten	215
6. Pflichtteilergänzungsansprüche	215
a) Literaturmeinungen	215
b) Rechtsprechung	216
c) Kritik	217
7. Grundbucheintragung	217
a) Beschränkte persönliche Dienstbarkeit	217
b) Mehrere Berechtigte, Bedingung, Eigentümer als Berechtigter ...	218
8. Auszug des Wohnungsberechtigten	219
a) Vertragsauslegung	219
b) Wegzugsklausel	220
9. Zwangsvollstreckung	221
a) Pfändung des Wohnungsrechtes	221
b) Versteigerung des belasteten Grundstücks	222
c) Zwangsversteigerungsprivileg des § 9 EGZVG	222
10. Wohnungsrealast	222
11. Rücktritt	223
II. Wart und Pflege, Verköstigung	224
1. Gesetzliche Unterhaltungsverpflichtung	224
2. Leistungsumfang	224

Inhaltsverzeichnis

3. Leistungsort	227
4. Pflegegeld	227
5. Rücktritt wegen Verstoßes gegen Pflegeverpflichtung	227
III. Sozialhilferecht	228
1. Erlöschen der Leibgedingsverpflichtung	228
2. Sozialrechtlicher Regress	229
a) Überleitung der Rückgewähransprüche gem. § 528 BGB iVm § 93 SGB XII	229
b) Überleitung von Unterhaltsansprüchen	229
IV. Urkundengestaltung	231
1. Formulierungsbeispiel: Überlassung mit Leibgeding	231
2. Anmerkungen zum Überlassungsvertrag	235
a) Einkommensteuer	235
b) Schenkungsteuer	239
c) Grunderwerbsteuer	239
V. Checkliste: Übergabe mit Leibgeding	240
VI. Wohnungsrechtsablösung	241
C. Dauerwohnrecht	241
I. Anwendungsbereich des Dauerwohnrechts	241
1. Das Dauerwohnrecht als übertragbares und vererbliches Nutzungsrecht	241
2. Mietähnliche und eigentumsähnliche Dauerwohnrechte	242
3. Dauerwohnrechtsbestellung wegen baurechtlicher Beschränkungen	243
4. Teilzeit-Wohnrechtverträge	244
II. Vertragsgestaltung	245
III. Formulierungsvorschlag für eigentumsähnliches Dauerwohnrecht	245
IV. Bewertungsrecht	249
1. Dauerwohnrecht	249
a) Mietähnliche Dauerwohnrechte	249
b) Eigentumsähnliche Dauerwohnrechte	250
2. Dauernutzungsrecht	251
V. Einkommensteuer	251
1. Mietähnliches Dauerwohn- und -nutzungsrecht im Privatvermögen	251
a) Bestellung	251
b) Nutzungswertzurechnung	252
2. Eigentumsähnliches Dauerwohn- und -nutzungsrecht	252
a) Abgrenzung	252
b) Eigennutzung zu Wohnzwecken	252
c) Vermietung	252
d) Dauernutzungsrechte	252
3. Veräußerung eines Dauerwohnrechts	253
4. Grundstücke im Betriebsvermögen	253
VI. Grundsteuer	253
VII. Grunderwerbsteuer	253
VIII. Umsatzsteuer	254
IX. Schenkung- und Erbschaftsteuer	254
1. Mietähnliches Dauerwohn- und -nutzungsrecht	254
a) Zuwendungsnutzungsrecht	254
b) Vorbehaltsnutzungsrecht	254
2. Eigentumsähnliches Dauerwohnrecht	254
D. Zuwendungswohnungsrecht	254

Inhaltsverzeichnis

§ 6 Überlassung mit wiederkehrenden Bezügen

A. Wiederkehrende Bezüge im Überblick	259
I. Überblick	259
1. Kaufpreistraten	259
2. Leibrente	260
3. Dauernde Last	260
4. Sonstige wiederkehrende Zahlungen	262
II. Sicherungsreallast	262
III. Wertsicherung	263
1. Sachenrecht	263
2. Preisrecht	263
IV. Zwangsvollstreckung	264
1. Vollstreckung in das Grundstück	264
2. Vollstreckung aus dem schuldrechtlichen Leibrentenrecht gem. § 759 BGB	264
V. Pflichtteilkürzung und Pflichtteilergänzung	265
B. Einkommensteuer	265
I. Rückblick	265
II. Rechtslage bis zum 31.12.2007	266
III. Rechtslage nach dem 31.12.2007	267
IV. Kritik	268
1. Verfassungsrechtliche Überprüfung	268
2. Sonderausgaben für Unternehmen	269
V. Offene Fragen: Versorgungsleistungen als Entgelt?	269
1. BFH-Rechtsprechung	269
2. Kritik	270
a) Zivilrechtliche Beurteilung	270
b) Zurückgehaltene Erträge	270
3. Mischvermögen	270
VI. Gestaltungsempfehlungen	271
1. Veräußerungsrenten	271
2. Kreditmodell	271
3. Mischfälle	272
4. Das Amann-Modell	272
VII. Schenkungsteuer und Grunderwerbsteuer	274
1. Schenkungsteuer	274
2. Grunderwerbsteuer: § 3 Nr. 2 GrEStG	275

§ 7 Sukzessiverwerb und Kettenschenkung

A. Mittelbare Grundstücksschenkung	278
I. Zuwendungsgegenstand	279
1. Geldhingabe zum Grundstückserwerb	279
2. Grundstücksübertragung nach Gebäudeerrichtung durch Be- schenkten	280
3. Geldhingabe zur Errichtung eines Gebäudes	280
4. Geldzuwendung zur Reparatur und Renovierung von Gebäuden ..	280
5. Familienheim	281
II. Schenkungsteuer	281
1. Schenkungsabrede (Zusage)	281
2. Geldhingabe (Zahlung)	281
3. Ausführung	282

Inhaltsverzeichnis

III. Einkommensteuer	283
IV. Formulierungsvorschlag: Mittelbare Grundstücksschenkung	283
B. Weiterschenkungsverpflichtung	284
I. Schenkungsteuer	284
II. Pflichtteilfeste Weiterleitung	284
C. Kettenschenkung	285
I. Überblick	286
1. Schenkung und Weiterschenkung in einer Urkunde	286
2. Zeitlicher Zusammenhang	287
3. Vorwegerbfolge mit Weiterübertragung auf Ehegatten	288
a) Schenkung Eltern-Kind	288
b) Weiterschenkung an den Ehegatten	288
4. Gestaltung	290
5. Zeitlicher Zusammenhang: ESt	291
6. Entgeltlicher Zwischenerwerb	292
II. Schenkung vor geplantem Verkauf an Dritte	292
1. Rechtslage	293
2. Vermeidung steuerpflichtiger Veräußerungsgeschäfte	293
a) Private Veräußerungsgeschäfte	293
b) Gewerblicher Grundstückshandel	293
§ 8 Rechtsgeschäfte unter Lebenden auf den Todesfall	
A. Schenkungsversprechen von Todes wegen gem. § 2301 BGB	296
I. Rechtsfolgen	296
II. Leistungsbewirkung zu Lebzeiten	297
1. Leistungsvollzug	297
2. Anwartschaftsrecht	297
3. Vormerkung im Grundbuch?	297
B. Überlassungsvertrag mit aufgeschobener Erfüllung	298
I. Anwendungsbereich	298
II. Schenkungsteuer	298
III. Sonderbetriebsvermögen	299
IV. Urkundengestaltung	300
1. Angebot auf Abschluss eines Überlassungsvertrages	300
2. Anmerkungen zur Vertragsgestaltung	301
a) Auflassungsvollmacht	301
b) Auflassungsvormerkung	301
C. Vertrag zugunsten Dritter auf den Todesfall	302
I. Übersicht	302
1. Rechtsgrundlage	302
2. Erbschaftsteuer	303
II. Bankvollmacht über den Tod hinaus	304
1. Abtretungsvertrag	304
2. Widerrufsrecht der Erben	304
III. Leistungserbringung auf den Todesfall	304
1. Deckungs- oder Grundverhältnis	304
2. Zuwendungs- oder Valutaverhältnis	305
3. Sparbuch auf den Namen der Abkömmlinge	306
IV. Lebensversicherungsverträge	307
1. Bezugsberechtigung	307
2. Pflichtteilergänzung	308

Inhaltsverzeichnis

3. Erbschaft- und Schenkungsteuer	308
a) Bewertung	308
b) Verbundene Lebensversicherungen bei Ehegatten	309
c) Prämien-schenkung	309
4. Einkommensteuer	309
a) Sonderausgaben	309
b) Auszahlung	309
c) Außergewöhnliche Belastungen	310

§ 9 Erbrechtliche Rechtsgeschäfte und Verfügungen

A. Der entgeltliche Erbvertrag	311
I. Definition	312
II. Erbschaftsteuer	312
III. Erbvertragswidrige Rechtsgeschäfte	313
B. Erbschaftsvertrag	314
I. Gesetzliche Regelung	314
II. Erbschaftsteuer	315
III. Vertragsgestaltung: Erbschaftsvertrag	316
C. Erb-, Pflichtteils- und Zuwendungsverzicht gegen Entgelt	318
I. Gestaltungsvarianten	318
1. Erbverzicht	318
2. Pflichtteilsverzicht	318
3. Zuwendungsverzicht	319
II. Erbverzicht	319
III. Pflichtteilsverzicht	319
IV. Inhaltskontrolle von Erb- und Pflichtteilsverzicht	320
V. Erbschaftsteuer	321
VI. Einkommensteuer	323
D. Versorgungsleistungen aufgrund letztwilliger Verfügungen	323
I. Leibrentenvermächtnis	323
1. Versorgungsleistungen vor dem 1.1.2008	324
2. Versorgungsleistungen nach dem 31.12.2007	324
II. Nießbrauchvermächtnis	325
1. Vermächtnisnießbrauch (Ablösung)	325
2. Ertragsnießbrauchvermächtnis	325
III. Abgeltung von Pflichtteilsansprüchen	325
IV. Erbausschlagung unter Vorbehalt von Versorgungsleistungen	326
V. Schenkungsversprechen von Todes wegen	327

§ 10 Entgeltliche und teilentgeltliche Rechtsgeschäfte

A. Vollentgeltliche Rechtsgeschäfte	329
I. Überblick	330
1. Vermutung der Unentgeltlichkeit	330
2. Kaufvertrag mit späterer Schenkung des Kaufpreises	331
3. Angehörigenverträge	332
4. Private Veräußerungsgeschäfte	332
5. Entgeltlichkeit aufgrund IV. Rentenerlass, BStBl. I 2010, 227	333
II. Kaufvertragsgestaltung	335
III. Stundung des Kaufpreises und Darlehensgewährung	335
1. Missbrauchsgestaltung gem. § 42 AO	335
2. Darlehenssicherung	336

Inhaltsverzeichnis

IV. Veräußerungsrente	338
1. Formulierungsbeispiel: Barkaufpreis mit Verrentung des Restkaufpreises	338
2. Anmerkungen zum Kaufvertrag	341
a) Verrentung des Kaufpreises	341
b) Wertsicherungsklausel	342
c) Anspruchsgrundlagen der Reallast	342
d) Verfallklausel	342
e) Wohnungsrecht	343
f) Einkommensteuer	343
V. Zeitrente	344
1. Anschaffungskosten und Veräußerungspreis	344
2. Zinsanteil	345
VI. Dauernde Last	345
B. Teilentgeltliche Rechtsgeschäfte	345
I. Gestaltungsalternativen	346
1. Überlassung eines Zweifamilienhauses	346
2. Aufteilung in zwei Eigentumswohnungen; Abschluss eines Kaufvertrags und eines Überlassungsvertrags	347
a) Frühere Rechtslage	347
b) Änderung der Rechtsprechung	347
c) Gebäudeherstellung	348
3. Überlassungsvertrag und Erbvertrag	348
4. Kaufvertrag über einen Hälfteigentumsanteil mit Benutzungsregelung gem. § 1010 BGB	349
5. Werbungskostenabzug	349
II. Wohnungseigentümergeinschaft	349
1. Aufteilung	350
a) Aufteilung gem. § 8 WEG	350
b) Aufteilung gem. § 3 WEG	350
2. Formulierungsbeispiel: Begründung von Wohnungs- und Teileigentum gem. § 8 WEG an einem Doppelhaus	350
3. Hinweis	353
III. Teilentgeltliche Übertragungen bei Zeitrenten	353
1. Rechtsprechung	353
2. Einkommensteuerliche Beurteilung von Leibrenten nach der BFH-Rechtsprechung	354
3. Einkommensteuerliche Beurteilung durch die Finanzverwaltung im IV. Rentenerlass, BStBl. I 2010, 227	355
C. Vom Stuttgarter zum Münchner Modell: Überlassung einer vom Übergeber selbst genutzten Wohnung mit Mietvertrag und Leibrente	355
I. Geschichte des Stuttgarter Modells	356
1. Entstehung	356
2. Entscheidung des IX. Senats, BStBl. II 2004, 643	357
3. Jahressteuergesetz 2008 und Münchner Modell	358
II. Entgeltliche Vermögensübertragung gegen wiederkehrende Leistungen gem. IV. Rentenerlass, BStBl. I 2010, 227	359
1. Übertragung von Betriebsvermögen	359
2. Übertragung von Privatvermögen	360
a) Behandlung beim Verpflichteten	360
b) Behandlung beim Berechtigten	360

Inhaltsverzeichnis

3. Übertragung gegen Zeitrente	361
III. Veräußerungsrente (dauernde Last) und Mietvertrag	361
1. Beratungssituation	361
2. Formulierungsbeispiel: (Teil-)Entgeltliche Übertragung mit dauernder Last und Mietvertrag	361
3. Erläuterungen	364
a) (Teil-)Entgeltliche Übertragungen	364
b) Dauernde Last	364
c) Wiederkaufsrecht	364
d) Mietverträge zwischen Angehörigen	365

Zweiter Teil. Vermögensverwaltende Personengesellschaften

§ 11 Gesellschaft bürgerlichen Rechts

A. Von der Bruchteilsgemeinschaft zur GbR	372
I. Rechtsgrundlagen	372
1. Notarielle Praxis	372
2. Vorweggenommene Erbfolge	374
a) Gestaltungsprobleme	374
b) Realteilungsvereinbarung	376
3. Rechtsformwahl	376
B. Struktur der GbR	376
I. Anwendungsbereich	376
II. Gemeinsamer Zweck gem. § 705 BGB	377
III. Abschluss des Gesellschaftsvertrags	378
1. Notarielle Beurkundung	378
2. Vertragsgestaltung	379
IV. Rechts- und Parteifähigkeit	379
1. Rechtsprechungsänderung des BGH	379
2. Erbfähigkeit der GbR	381
3. Die Erbengemeinschaft als Gesellschafter einer Personengesellschaft?	381
V. Vertretungsregelung	382
1. Rechtsentwicklung	382
2. Faktische Vertretungsbeschränkung	382
3. Vollmächtserteilung	383
4. Würdigung	385
VI. Haftung	386
VII. Anwachsung	389
VIII. Abfindungsguthaben	389
1. Gesellschaftsvertragliche Reduzierung	390
2. Gesellschaftsvertraglicher Ausschluss einer Abfindung im Todesfall	391
3. Erbschaftsteuer	392
IX. Nachfolgeregelung	392
1. Gesellschaftsvertragliche Nachfolge	392
2. Erbrechtliche Regelung	393
a) Nachfolgeklausel	393
b) Umwandlungsklausel	393
c) Vermächtnis	393
d) Eintrittsrecht	393
3. Probleme bei der Grundbuchberichtigung	394

Inhaltsverzeichnis

X. Minderjährige Gesellschafter	394
1. Gesetzliche Vertretungsregelung	395
2. Familiengerichtliche Genehmigung	396
a) Erwerbsgeschäft	396
b) Schuldübernahme	398
c) Anspruch auf Erteilung der familiengerichtlichen Genehmi- gung	398
d) Genehmigungspraxis	399
e) Wirksamwerden der familiengerichtlichen Genehmigung	399
3. Das Minderjährigenhaftungsbeschränkungsgesetz	399
a) Gesetzgebung	399
b) Außerordentliche Kündigung	400
c) Haftungsverschärfung	401
XI. Rücktritt, Widerruf, außerordentliche Kündigung und Ausschließung ...	401
1. Gestaltungsmöglichkeiten	401
2. Gesellschaftsrechtliche Regelungen	402
a) Ausschluss	402
b) Hinauskündigung	402
XII. Nießbrauchsbestellung	402
1. Grundstücksnießbrauch	403
2. Zwischengeschaltete Miteigentümergeinschaft	403
3. Nießbrauch am Gesellschaftsanteil	403
4. Nießbrauch am Grundstück und am Gesellschaftsanteil (Doppel- nießbrauch)	404
a) Nießbrauch bei Anteilsvereinigung	404
b) Stimmrechtsausübung	405
5. GbR als Nießbrauchsinhaberin	406
XIII. Die GbR im Grundbuch	406
1. Rechtsentwicklung	407
2. Gesetzesänderung	407
XIV. Notar- und Grundbuchkosten	408
1. Notarkosten	408
2. Grundbuchkosten	408
XV. Gesellschafterwechsel	409
1. Abtretung eines GbR-Anteils	409
2. Gesellschafterbeitritt	410
3. Ausscheiden aus der GbR	410
C. Steuerrecht	410
I. Die GbR als Steuersubjekt	410
II. Grunderwerbsteuer	411
1. Grundsatz: Steuerfreie Anteilsübertragung	411
2. Steuerpflichtiger Erwerb	411
3. Nacherhebung gem. § 5 Abs. 3 GrEStG	412
III. Umsatzsteuer	412
1. GbR als Unternehmer	412
2. Geschäftsveräußerung im Ganzen	413
3. Nießbrauchsvorbehalt	414
IV. Schenkungsteuer	414
1. Steuerpflicht	414
2. Umfang der Bereicherung	414
3. Schenkungsteuerlicher Vollzug	415
4. Steuerklasse	415
5. Bewertung	415

Inhaltsverzeichnis

V. Einkommensteuer	415
1. Vermögensverwaltende Gesellschaften	416
a) Besteuerungsgrundsätze	416
b) Disquotale Gewinnverteilung?	416
c) Veräußerungsgeschäft gem. § 23 EStG?	417
d) Gewerblicher Grundstückshandel	418
e) Kosten des Gesellschaftsvertrages	418
2. Gewerblich tätige Gesellschaft	419
a) Steuerpflicht	419
b) Gewerbliche Infizierung	419
c) Zebra-Gesellschaften	420
d) Betrieblicher Nießbrauch als steuerliche Gefahrenquelle	420
D. Urkundengestaltung: Vermögensverwaltende GbR	421
I. Urkunde	421
II. Anmerkungen zur Vertragsgestaltung	425
1. Gestaltungsalternativen	425
2. Vorteile des Familienpools	426
3. Grundstücksnießbrauch	426
4. Doppelnießbrauch	427
5. Pflichtteilsanrechnung und Pflichtteilsabgeltung	427
6. Verpflichtung zum Ehevertrag mit beschränktem Pflichtteilsver- zicht	428
7. Abfindungsregelung	428
8. Beteiligungsquoten	428
9. Vertretungsregelung	428
10. Nachfolgeregelung	429
11. Rücktrittsrecht	429
12. Testamentsvollstreckung	429
III. Checkliste	430
 § 12 Vermögensverwaltende Familien-Kommanditgesellschaft	
A. Gesellschaftsgründung	433
I. Anwendungsbereich	434
1. Rechtsentwicklung	434
2. Gesetzliche Regelung	435
II. Bilanzierungspflicht	435
1. Grundzüge	435
a) Bilanzierungspflicht der Kaufleute	435
b) Vermögensverwaltende Handelsgesellschaften	436
2. Haftungsbeschränkung ohne Handelsbilanz?	437
III. Keine IHK-Mitgliedschaft	438
IV. Keine Anwendung der Gewerbeordnung	438
V. Geschäftsführung und Vertretung	438
VI. Versorgung der Übergeber	439
1. Geschäftsführungs- und Haftungsvergütung	439
2. Reziproke Gewinnverteilung	440
3. Versorgungsleistungen	440
4. Nießbrauch am KG-Anteil	440
5. Grundstücksnießbrauch	441
6. Quotennießbrauch?	441
VII. Pflichtteilsergänzung	442
1. Vorbehaltsnießbrauch	442

Inhaltsverzeichnis

2. Wohnrecht	442
3. Abfindungsausschluss	443
VIII. Stimmrechtsregelung	443
IX. Haftungsbeschränkung vor Eintragung der KG im Handelsregister	444
X. Handelsregistervollmacht	444
XI. Grundbucheintragung	445
1. Kostenerhebung	445
2. Eintragung von Sicherungsrechten?	445
a) Grundbucheintragung?	445
b) Insolvenzsicherung	445
XII. Transparenzregister	446
XIII. Einkommensteuer	446
1. Steuerrechtssubjekt	446
2. Abgrenzung zur gewerblichen Tätigkeit	446
3. Vorbehaltsnießbrauch	447
4. Begrenzter Verlustausgleich gem. § 15a EStG	447
5. Einbringung als Veräußerungsgeschäft?	447
a) Entgeltliche Einbringung	448
b) Unentgeltliche Beteiligung	448
c) Notar- und Beratungskosten	448
XIV. Verkehrssteuern	449
XV. Gesellschaftsvertrag	449
1. Urkundengestaltung	449
2. Anmerkungen zum Gesellschaftsvertrag	458
a) Gründungsvarianten	458
b) Grundpfandrechte	458
c) Ehegattenzwischenenerwerb	458
d) Nießbrauchsvarianten	459
e) Mediationsabrede	459
f) Liquidation	459
B. Abtretung eines Kommanditanteils	460
I. Übertragungsvarianten	460
II. Beteiligung Minderjähriger	461
1. Vermögensverwaltende Gesellschaft als Erwerbsgeschäft?	461
a) Widersprüchliche Rechtsprechung	461
b) Treuepflichten als rechtlicher Nachteil?	462
2. Derivativer Erwerb	462
a) Lediglich rechtlicher Vorteil?	462
b) Haftung gem. § 176 Abs. 2 HGB	463
3. Sonstige Verpflichtungen	464
a) Verpflichtung zum Abschluss eines Ehevertrags	464
b) Pflichtteilsanrechnung	464
c) Rückübertragungsverpflichtung	465
III. Urkundengestaltung: Übertragung eines Kommanditanteils	465
1. Bestellung von Ergänzungspflegern	467
2. Wirtschaftliche Ausgliederung	467
3. Nießbrauch am KG-Anteil	467
a) Zulässigkeit	467
b) Handelsregistereintragung	468
4. Einkommensteuer	468
a) Private Veräußerungsgeschäfte	468
b) Verwendung der Gewinnanteile der Kinder zu deren Unterhalt	468

Inhaltsverzeichnis

5. Vorbehaltsnießbrauch	468
a) Einkünfteerzielung	468
b) Stimmrechtsausübung	468
6. Freies Widerrufsrecht	469
IV. Registeranmeldung	469
1. Formulierung	469
2. Anmerkung zur Registeranmeldung	470
a) Vollmacht	470
b) Sonderrechtsnachfolge	470
c) Haftung	470
C. Gestaltungsempfehlung	470
§ 13 Vermögensverwaltende GmbH & Co. KG	
A. Überblick	473
I. Familienpool	474
II. Publizitätspflicht	474
III. Transparenzregister	474
B. Gewerblich geprägte GmbH & Co. KG	475
I. Anwendungsbereich	475
1. Gewerbliche Prägung	475
2. Fremdorganschaft	476
3. Einbringung als tauschähnlicher Umsatz	476
4. Erweiterte Gewerbesteuerkürzung	476
5. Grunderwerbsteuerfreie Anteilsübertragung	477
II. Gestaltungsvarianten	477
1. Personengleiche GmbH & Co. KG	477
2. Einheits-GmbH & Co. KG	477
3. Gepräge – Rechtsprechung des BFH	478
4. Siegeszug der Einheits-GmbH & Co. KG	478
III. Stufengründung	480
1. Bisherige Notariatspraxis	480
2. Erreichung eines Step-up mittels Stufenplan	480
3. Kapitalkontenbuchung	480
IV. Beendigung der gewerblichen Prägung	481
C. Privatvermögen verwaltende GmbH & Co. KG	481
I. Rechtsnatur	481
II. Anwendungsbereich	482
III. Steuerrecht	482
1. Komplementär-GmbH	482
2. Kommanditgesellschaft	483
a) Einkommensteuer	483
b) Gewerbesteuer	483
c) Grunderwerbsteuer	483
IV. Urkundengestaltung: Errichtung einer Privatvermögen verwaltenden GmbH & Co. KG	483
1. Errichtung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung	484
2. GmbH-Geschäftsanteilsabtretung	486
3. Privatvermögen verwaltende GmbH & Co. KG	487
D. Übertragung von Gesellschaftsanteilen	492
I. Zivilrecht	492
1. Beteiligungserwerb	492

Inhaltsverzeichnis

2. Haftungsfragen	493
a) Originärer Erwerb	493
b) Derivativer Erwerb	493
c) Keine Anwendung des § 176 Abs. 2 HGB bei GmbH & Co. KG....	494
3. IHK-Kammerzugehörigkeit	494
4. Publizitätspflicht	495
II. Einkommensteuer	495
1. Sonderausgabenabzug	495
2. Nießbrauch	495
a) Nießbrauch mit Stimmrechtsvollmacht für den Übergeber	495
b) Ertragsbeteiligung	496
c) Stimmrechte	496
III. Vertragsgestaltung: Übertragung von Gesellschaftsanteilen an einer Privatvermögen verwaltenden GmbH & Co. KG	497
IV. Anmerkungen	499
1. Vorbehaltsnießbrauch	499
2. AfA-Auswirkung auf die Entnahmeberechtigung	499
a) Zweck der AfA	499
b) Vorbehaltsnießbrauch bei privaten Immobilien	500
c) Vermögensverwaltende Grundstücksgesellschaften	501
d) Gewerblich tätige Grundstücksgesellschaften	502
e) GmbH & Co. KG mit steuerlichem Privatvermögen	503
3. Versorgungsrente	504
4. Grunderwerbsteuer	504
§ 14 Sparschwein-GmbH	
A. Zivilrecht	507
I. Anwendungsbereich	507
1. Thesaurierung	507
2. Vorteilsabwägung	507
3. Fiktive Veräußerung bei nicht qualifizierten GmbH-Anteilen	508
II. Satzungsgestaltung	508
1. Vinkulierung	509
2. Übergang im Todesfall	509
3. Gesellschaftsrechtliches Sonderrecht auf alleinige Geschäftsführung und Einzelvertretungsbefugnis	510
4. Abfindungsreduzierung	510
5. Widerrufliche Anteilsgewährung	510
B. Die Grundstücks-GmbH	510
I. Errichtung	510
II. Besteuerung	511
1. Ertragsteuern	511
2. Gewerbesteuer	511
3. Grunderwerbsteuer	512
a) Formwechsel	512
b) Anteilsvereinigung gem. § 1 Abs. 3 GrEStG	512
4. Zusammenfassung: Vorzüge der Immobilienkapitalgesellschaft	513
5. Holding-Konzeptionen	513
C. Wertpapierverwaltungs-GmbH mit Thesaurierung	514
I. Thesaurierung	515
II. Umschichtung	515
D. Satzung einer Sparschwein-GmbH	515

Inhaltsverzeichnis

E. GmbH-Anteilsabtretung	518
I. Zivilrecht	519
II. GmbH-Anteilsübertragung auf Angehörige	520
1. Übertragung gegen Versorgungsrente	520
a) Einkommensteuer	520
b) Schenkungsteuer	523
c) Grunderwerbsteuer	523
2. Übertragung gegen Zeitrente	524
a) Einkommensteuer	524
b) Schenkung- und Grunderwerbsteuer	525
3. Nießbrauch an Kapitalgesellschaftsanteilen	525
a) Stimmrecht	525
b) Einkommensteuer	526
c) Schenkungsteuer	526
III. Formulierungsvorschlag: GmbH-Geschäftsanteilsabtretung mit Vorbehaltsnießbrauch	527
1. Vertragsmuster	527
2. Anmerkungen	530
a) Nießbrauch am Surrogat	530
b) Stimmrecht	530

Dritter Teil. Sonstiger unentgeltlicher Erwerb

§ 15 Erbrechtsreform und Erbauseinandersetzung

A. Erbrechtsreform	533
I. Gesetzliche Neufassung der §§ 2305 und 2306 BGB	534
II. Die Abschmelzung des Pflichtteilergänzungsanspruches gem. § 2325 Abs. 3 BGB	535
III. Stundung des Pflichtteilsanspruchs gem. § 2331a BGB	536
IV. Neuregelung der Pflichtteilsentziehung gem. §§ 2323 ff. BGB	537
V. Erweiterung des Zuwendungsverzichtes gem. § 2352 S. 3, § 2349 BGB	537
VI. Reform des Verjährungsrechtes	538
VII. Pflegeleistungen gem. § 2057a BGB	538
VIII. Übergangsbestimmungen	539
B. Formen der Erbauseinandersetzung	539
I. Haftung für Nachlassverbindlichkeiten	540
II. Erbauseinandersetzungsvertrag	541
III. Teilungsplan des Testamentsvollstreckers	541
IV. Vermittlung der Auseinandersetzung durch den Notar	541
V. Erbteilsabtretung	543
VI. Austritt eines Miterben	543
VII. Teilauseinandersetzung	544
VIII. Veräußerung des Nachlasses	545
IX. Erfüllung von Vermächtnissen, Vorausvermächtnissen und Teilungsanordnungen	545
1. Schuldrechtliche Ansprüche	545
2. Minderjährige Erben/Vermächtnisnehmer	546
3. Früchte und Nutzungen	546
4. Anschaffungskosten	547
X. Auseinandersetzungsklage	547
XI. Teilungsversteigerung	548

Inhaltsverzeichnis

XII. Erbvergleich	548
XIII. Einkommensteuer bei einem Mischnachlass	549
1. Vermächtnisse	550
2. Teilung ohne Abfindungszahlungen	551
a) Betriebsfortführung	551
b) Betriebsaufgabe	552
c) Nebenkosten	553
3. Teilung mit Abfindungszahlung	553
a) Betriebsfortführung durch einen Miterben	553
b) Rückwirkende Erbauseinandersetzung	554
c) Betriebsfortführung zur Vermeidung einer Abfindungszahlung ..	554
4. Sonstiges Ausscheiden aus der Erbengemeinschaft	554
a) Verwaltungsauffassung	554
b) Kritik	555
5. Erbteilsverkauf und Nachlassveräußerung	555
6. Abfindung von Pflichtteilsberechtigten	556
7. Teilerbauseinandersetzung	556
a) Anschaffungskosten	557
b) Zivilrechtliche Gefahren	557
XIV. Erbschaftsteuer	558
1. Vermächtniserfüllung, Pflichtteilsanspruch	558
2. Teilungsanordnung	559
a) Auseinandersetzung ohne Abfindungszahlung	559
b) Auseinandersetzung mit Abfindungszahlung	560
3. Nachlassteilung ohne Teilungsanordnung; Ausgleichung	560
4. Qualifizierte Nachfolgeklausel im Personengesellschaftsrecht	561
5. Erbvergleich	561
XV. Grunderwerbsteuer	561
1. Besteuerungsgrundsätze	561
2. Kaufrechtsvermächtnisse	562
XVI. Umsatzsteuer	562
C. Urkundengestaltung	563
I. Erbauseinandersetzungs- und Überlassungsvertrag	563
II. Anmerkungen zum Auseinandersetzungsvertrag	564
1. Rechtsnatur	564
2. Gestaltungsfreiheit	564
3. Gewährleistungsausschluss	565
4. Gegenseitiger Verzicht	565
D. Veräußerung des Nachlasses	565
I. Gesetzliche Regelung	565
II. Einkommensteuer	565
1. Privatvermögen	565
2. Betriebsvermögen	565
E. Ausscheiden aus der Miterbengemeinschaft	566
I. Veräußerung eines Erbteils	566
1. Gesetzliche Regelung	566
a) Formvorschriften	566
b) Genehmigungen	566
c) Haftung	566
d) Grundbuchvollzug	567
e) Vorkaufsrecht	567
2. Urkundengestaltung: Erbteilsveräußerung und -übertragung	567

Inhaltsverzeichnis

3. Einkommensteuer	570
a) Privatvermögen	570
b) Betriebsvermögen	571
4. Grunderwerbsteuer	572
5. Umsatzsteuer	572
6. Erbschaftsteuer	573
II. Ausscheiden eines Miterben	573
1. Zivilrecht	573
2. Einkommensteuer	574
III. Erbausschlagung	574
1. Gesetzliche Regelung	574
2. Einkommensteuer	575
3. Erbschaftsteuer	576

§ 16 Erwerb vom Ehegatten

A. Überblick	578
I. Rechtsgründe	578
II. Auslandsberührung	578
B. Vermögensübergang aufgrund Eherechts	579
I. Auswahl des Güterstandes	579
1. Gesetzlicher Güterstand	579
2. Gütertrennung	579
3. Gütergemeinschaft	580
4. Wahl-Zugewinnngemeinschaft	580
5. Modifizierte Zugewinnngemeinschaft	580
II. Gütertrennung	581
III. Zugewinnngemeinschaft	582
1. Rechtsfolgen der Zugewinnngemeinschaft	583
2. Zugewinnausgleich durch Güterstandswechsel	584
a) Zivilrechtliche Zulässigkeit	585
b) Schenkungsteuerliches Freibetragspotential	586
c) Einkommensteuer	587
IV. Gütergemeinschaft	587
1. Anwendungsbereich	587
a) Gesetzliche Regelung	587
b) Pflichtteilsminderung	588
c) Schenkungsteuer	588
d) Einkommensteuer	588
2. Beendigung der Gütergemeinschaft	589
a) Gesetzliche Regelung	589
b) Schenkungsteuer	589
c) Einkommensteuer	590
V. Abfindungsvereinbarungen	590
C. Übertragungen außerhalb des Güterrechts	591
I. Überblick	591
II. Ehebedingte Zuwendung	592
1. Abgrenzung	592
2. Zugewinnausgleich	593
3. Kritik	593
4. Pflichtteilergänzung	594
5. Gläubigeranfechtung	594

Inhaltsverzeichnis

6. Schenkungsteuer	594
a) Familienheim	594
b) Voraussetzungen	595
III. Ehegattenschenkungen	595
1. Gesetzliche Regelung	595
2. Scheidungsklausel	596
3. Formulierungsvorschlag: Ehegattenschenkung	597
4. Rückforderungsrecht	598
5. Pfändbarkeit des Rückübertragungsanspruchs	598
IV. Haftungsbegrenzende Gestaltungen	599
V. Oder-Konten	600
D. Leistungen zu Gunsten von Lebensgefährten	601
I. Zivilrechtlicher Ausgleich	601
1. Ausgleichsansprüche	601
2. Vertragliche Regelung	602
II. Schenkungsteuer	602

§ 17 Die Europäischen Güterrechtsverordnungen (EuGüVO und EuPartVO)

A. Vorbemerkungen	607
I. Mitglieds- und Drittstaaten	607
II. Zeitlicher Anwendungsbereich	608
III. Verhältnis zu früheren Abkommen und Staatsverträgen	608
B. Auslegung, sachlicher Anwendungsbereich, Vorfragen	608
I. Auslegung	608
II. Anwendungsbereich, Abgrenzung zu anderen Statuten	609
1. Begriff und Reichweite des Güterrechts, Art. 3 Abs. 1 Buchst. a und Art. 27 EuGüVO	609
2. Abgrenzung zum Allgemeinen Ehwirkungsstatut	609
3. Unterhaltspflichten	610
4. Schenkungen und ehebedingte Zuwendungen unter Ehegatten	610
5. Abgrenzung zum Gesellschaftsrecht	610
6. Abgrenzung zum Sachenrecht, Art. 1 Abs. 2 Buchst. g und Buchst. h EuGüVO	611
7. Abgrenzung zum Erbrecht, Art. 1 Abs. 2 Buchst. d EuGüVO	612
III. Vorfragen	612
C. Regelanknüpfung des Güterrechtsstatuts, Art. 26 EuGüVO	613
I. Erster gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt nach Eheschließung	613
1. Allgemeines	613
2. Begriff des gewöhnlichen Aufenthalts	613
3. Einzelfälle	613
4. Gemeinschaftlichkeit des gewöhnlichen Aufenthalts	614
5. Maßgeblicher Zeitpunkt	614
II. Ausweichklausel, Art. 26 Abs. 3 EuGüVO	614
III. Recht der gemeinsamen Staatsangehörigkeit	615
1. Ermittlung der Staatsangehörigkeit	615
2. Mehrstaater	615
IV. Engste Verbindung	615
V. Unwandelbarkeit des Güterrechtsstatuts	616
VI. Universelle und einheitliche Anwendung	616
VII. Keine Rück- und Weiterverweisung, Art. 32 EuGüVO	616
VIII. Mehrrechtsstaaten, Art. 33, 34 EuGüVO	616

Inhaltsverzeichnis

IX. Eingriffsnormen, Art. 30 EuGüVO	617
X. Ordre public, Art. 31 EuGüVO	617
D. Rechtswahlmöglichkeiten, Art. 22–24 EuGüVO	617
I. Allgemeines	617
1. Bisherige Rechtslage	617
2. Zeitpunkt der Rechtswahl	618
II. Wählbare Rechte nach Art. 22 Abs. 1 EuGüVO	618
1. Güterrecht am gewöhnlichen Aufenthaltsort zum Zeitpunkt der Rechtswahl (Art. 22 Abs. 1 Buchst. a EuGüVO)	618
2. Güterrecht eines Staates, dessen Staatsangehörigkeit einer der (künftigen) Ehegatten zum Zeitpunkt der Rechtswahl hat (Art. 22 Abs. 1 Buchst. b EuGüVO)	618
a) Ermittlung der Staatsangehörigkeit	618
b) Mehrstaater	619
III. Form der Rechtswahl, Art. 23 EuGüVO	619
1. Grundsatz: Art. 23 Abs. 1 EuGüVO	619
2. Ausnahmen, Einzelfälle	619
a) Zusätzliche Formvorschriften im Mitgliedstaat des gemeinsamen gewöhnlichen Aufenthalts, Art. 23 Abs. 2 EuGüVO	619
b) Gewöhnlicher Aufenthalt der Ehegatten in verschiedenen Mit- gliedstaaten, Art. 23 Abs. 3 EuGüVO	620
c) Gewöhnlicher Aufenthalt nur eines Ehegatten in einem Mit- gliedstaat, Art. 23 Abs. 4 EuGüVO	620
d) Gewöhnlicher Aufenthalt beider Ehegatten in einem Drittstaat ..	620
3. Kein Rückgriff auf die Ortsform, das Recht der Staatsangehörig- keit oder das gewählte Recht	620
IV. Inhalt und materielle Wirksamkeit der Rechtswahl, Art. 24 EuGüVO	621
1. Ausdrückliche oder konkludente Rechtswahlerklärung	621
2. Materielle Wirksamkeit der Rechtswahlerklärung, Art. 24 Abs. 1 EuGüVO	621
a) Vorwirkung des gewählten Rechts	621
b) Ausnahmeregelung des Art. 24 Abs. 2 EuGüVO	621
c) Bedingte oder befristete Rechtswahl	622
V. Wirkungen der Rechtswahl, Zeitpunkt	622
1. Zeitpunkt der Wirksamkeit, Rückwirkung, Art. 22 Abs. 2 und Abs. 3 EuGüVO	622
2. Aufgrund der Rechtswahl eintretender Güterstandswechsel	622
a) Bloßer Wechsel des Güterrechtsstatuts	622
b) Zusätzlicher Güterstandswechsel innerhalb des gewählten Rechts	623
c) Abwicklung des bisherigen Güterstandes	623
VI. Aufhebung und Änderung der Rechtswahl	624
1. Aufhebung der Rechtswahl	624
2. Änderung der Rechtswahl	624
VII. Rechtswahl nach dem IPR eines Drittstaates	624
E. Besonderheiten für Eheverträge, Vereinbarungen über den ehelichen Güterstand, Art. 25 EuGüVO	625
I. Begriff und Definition des Ehevertrags	625
II. Form des Ehevertrags, Art. 25 EuGüVO	625
1. Grundsatz: Art. 25 Abs. 1 EuGüVO	625
2. Ausnahmen	625

Inhaltsverzeichnis

3. Zusätzliche Formvorschriften des anwendbaren Rechts, Art. 25	
Abs. 3 EuGüVO	625
4. Kein Rückgriff auf die Ortsform	626
III. Materielle Wirksamkeit des Ehevertrags, Art. 27 Buchst. g EuGüVO	626
IV. Inhalt des Ehevertrags	626
F. Wirkungen gegenüber Dritten, Verkehrsschutz, Art. 28 EuGüVO	626
G. Besonderheiten der EuPartVO	627
I. Anwendungsbereich, Abgrenzung zwischen Ehe und Partnerschaft	628
II. Unterschiede zwischen EuGüVO und EuPartVO	628
§ 18 Die Europäische Erbrechtsverordnung (EuErbVO)	
A. Einleitung	632
B. Vorrangige Abkommen	632
C. Anwendungsbereich, Auslegung, Vorfragen	633
I. Auslegung	633
II. Anwendungsbereich	633
1. Abgrenzung zum Güterrecht	633
2. Unentgeltliche Zuwendungen	633
3. Gesellschaftsrechtliche Nachfolgeklauseln	633
4. Abgrenzung zum Sachenrecht	634
III. Vorfragen	635
IV. Behandlung der von der Verordnung ausgenommenen, erbrechtlichen Bereiche	636
D. Ermittlung des Erbstatuts	636
I. Regelanknüpfung nach Art. 21 EuErbVO	636
1. Allgemeines	636
2. Letzter gewöhnlicher Aufenthalt	636
3. Einzelfälle	637
II. Ausnahme: offensichtlich engere Verbindung	638
III. Rechtswahl nach Art. 22 EuErbVO	638
1. Allgemeines	638
2. Form der Rechtswahl	638
3. Rechtswahlerklärung	639
4. Änderung und Widerruf der Rechtswahl	639
IV. Reichweite des Erbstatuts	640
V. Rück- und Weiterverweisung, Art. 34 EuErbVO	640
VI. Eingriffsnormen, Art. 30 EuErbVO	640
VII. Mehrrechtsstaaten	641
VIII. Ordre public	641
E. Einseitige Testamente	641
I. Form	642
II. Zulässigkeit und materielle Wirksamkeit	642
1. Zulässigkeit	642
2. Materielle Wirksamkeit	642
III. Änderung, Widerruf	643
IV. Rechtswahlmöglichkeiten im Testament	643
1. Wahl des Errichtungs- und des Erbstatuts nach Art. 24 Abs. 1 iVm Art. 22 EuErbVO	643
2. Isolierte Wahl des Errichtungsstatuts nach Art. 24 Abs. 2 EuErbVO....	644
3. Isolierte Wahl des Erbstatuts nach Art. 22 EuErbVO	644
V. Wirkungen im Todesfall	645

Inhaltsverzeichnis

F. Erbverträge und gemeinschaftliche Testamente	645
I. Begriff des Erbvertrags, Abgrenzungen	645
1. Definition	645
2. Vereinbarung, Einigung	645
3. Bindung	646
4. Begründung, Änderung oder Entzug von Rechten	646
5. Beteiligung des Erblassers	646
6. Gegenleistung	647
7. Abgrenzungen, Einzelfälle	647
a) Gemeinschaftliche Testamente	647
b) Schenkungen auf den Todesfall	647
c) Verträge zugunsten Dritter auf den Todesfall	648
d) Testierverträge	648
e) Abgrenzung zu güterrechtlichen Vereinbarungen	648
II. Form des Erbvertrags	649
1. Allgemeines	649
2. Zulässigkeit des Erbvertrags als Formfrage	649
III. Die materielle Wirksamkeit des einseitigen Erbvertrags	650
1. Materielle Zulässigkeit	650
2. Materielle Wirksamkeit im Übrigen	650
3. Wirkungen des Erbvertrags zu Lebzeiten	651
a) Bindungswirkung	651
b) Beseitigung der Bindungswirkung	651
IV. Materielle Wirksamkeit des mehrseitigen Erbvertrags	652
1. Abgrenzungsfragen	652
2. Zulässigkeit	652
3. Materielle Wirksamkeit und Bindungswirkung	653
V. Besonderheiten bei Verzichtverträgen	653
1. Form	653
2. Materielle Wirksamkeit	653
a) Abgrenzung zwischen Art. 25 Abs. 1 und Abs. 2 EuErbVO	653
b) Zulässigkeit eines wechselseitigen Verzichts	654
c) „Testierfähigkeit“ beim Erbverzicht	654
d) Wirkungen im Todesfall	654
VI. Rechtswahlmöglichkeiten im Erbvertrag	654
1. Wahl nach Art. 25 Abs. 1 bzw. Abs. 2 Unterabs. 1 iVm Art. 22 EuErbVO	654
2. Rechtswahl nach Art. 25 Abs. 3 EuErbVO	656
3. Wahl des tatsächlichen Erbstatuts nach Art. 22 EuErbVO	656
VII. Ehe- und Erbverträge und andere mit einem Erbvertrag verbundene Verträge und Vereinbarungen	657
1. Zusammengesetzte Verträge	657
2. Unselbständige Bestandteile des Erbvertrags	657
G. Übergangsregelungen	658
H. Grundzüge des Europäischen Nachlasszeugnisses (ENZ)	659
§ 19 Stiftung als Instrument der Vermögensnachfolge	
A. Einführung in das Stiftungsrecht	664
I. Überblick	664
1. Der Trend zur Stiftung	664
2. Unternehmer als Stifter	665
3. Das Profil deutscher Stifter	666

Inhaltsverzeichnis

II. Berühmte Stiftungen	666
III. Neuere Stiftungen	668
IV. Definition	668
V. Wirtschaftliche Bedeutung	669
VI. Bürgerstiftungen	669
VII. Beraterinitiative	670
B. Gemeinnützige Stiftungen	671
I. Rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts, §§ 80–88 BGB	671
1. Gesetzliche Regelung	671
2. Satzungsinhalt	671
3. Formfragen	672
4. Anerkennung	672
5. Zulässige Stiftungszwecke	672
6. Stiftungsaufsicht	673
a) Anerkennung gem. § 80 Abs. 1 BGB	673
b) Vertretungsbescheinigung	674
c) Rechnungslegung	674
7. Stiftungserrichtung durch Rechtsgeschäft unter Lebenden oder von Todes wegen?	674
8. Die Vorstiftung als Rechtsträger	675
a) Dogmatische Einordnung	675
b) Steuerliche Anerkennung	676
9. Stiftung und Pflichtteilsergänzung	678
10. Nachträgliche Änderung der Stiftungssatzung	679
11. Gemeinnützige Stiftung mit Quotenießbrauch für Erben: GmbH & Co. KG statt Vor- und Nacherbfolge	680
12. Urkundengestaltung	680
13. Bewertung	685
II. Öffentlich-rechtliche und kirchliche Stiftungen	685
1. Öffentliche Stiftungen	685
2. Stiftungen des öffentlichen Rechts	685
3. Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Stiftung	686
a) Formulierungsvorschlag	686
b) Kosten der Stiftungserrichtung	688
4. Kirchliche Stiftungen	688
III. Unselbständige Stiftung	689
1. Treuhandvariante	690
a) Vertragsgestaltung	690
b) Der Trust	690
c) Ausländische Stiftungen	692
2. Schenkung unter Auflage	693
a) Rechtsfolgen	693
b) Urkundengestaltung: Unselbständige Stiftung	694
3. Bewertung	696
IV. Zustiftung	696
1. Definition	697
2. Vergleich: Zustiftung, Spenden und unselbständige Stiftung	697
3. Formulierungsvorschlag für eine Zustiftung	698
4. Zustiftung mit Vorbehaltsnießbrauch	698
a) Zuwendungsbescheinigung	698
b) Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	699
c) Ertraglosigkeit der Zustiftung?	699
d) Bewertung	699

Inhaltsverzeichnis

5. Urkundengestaltung: Zustiftung	699
V. Stiftungskapitalgesellschaft	700
1. GmbH	700
a) GmbH als Nonprofit-Organisation	700
b) Bekannte Stiftungen in der Rechtsform der GmbH	701
c) Vorzüge der gemeinnützigen GmbH	702
d) Satzungsgestaltung	703
e) Satzung einer gemeinnützigen Stiftungs-GmbH	704
2. Bewertung	706
3. Die gemeinnützige Unternehmergesellschaft (haftungsbegrenzt)	706
VI. Stiftungsverein	706
1. Zulässigkeit	706
a) Name	706
b) Zweck	707
c) Gemeinnützigkeit	707
d) Vermögensausstattung	707
e) Satzung	707
f) Aufwandsersatz	708
g) Beispiele für Stiftungsvereine	708
h) Bewertung	708
2. Vereinsatzung	709
VII. Gesellschaft bürgerlichen Rechts mit ideellem Zweck	712
1. Anwendungsbereich	713
2. Gesellschaftsvertrag	713
a) Beschränkung der Abfindung	713
b) Keine Gemeinnützigkeit	713
c) Bewertung	714
VIII. Die Besteuerung gemeinnütziger Körperschaften	714
1. Tatbestandsmerkmale	715
a) Gemeinnützige Zwecke	715
b) Mildtätige Zwecke	716
c) Die Sphären einer gemeinnützigen Körperschaft	716
d) Satzungserfordernisse	717
2. Steuerfolgen der Gemeinnützigkeit	720
a) Erbschaft- und Schenkungsteuer	720
b) Ertragsteuern	720
c) Umsatzsteuer	721
3. Zuwendung von Betriebsvermögen	721
a) Ertragsteuer	722
b) Grunderwerbsteuer	722
c) Bewertung	722
4. Spendenrecht	723
a) Spendenbegriff	723
b) Durchlaufspendenverfahren	723
c) Unschädliche Zuführung zum Vermögensstock	723
5. Sponsoring	723
IX. Besteuerung der Stifterfamilie und sonstiger Begünstigter	724
1. Einkommensteuer	724
a) Gesetzliche Regelung	724
b) BFH-Rechtsprechung	724
2. Schenkungsteuer	725
C. Familienstiftung	726
I. Abgrenzung zu gemeinnützigen Stiftungen	726

Inhaltsverzeichnis

II. Familienstiftung zur Unternehmensnachfolge	727
III. Die „private“ Familienstiftung	728
1. Anerkennungsverfahren	728
2. Rechtsfolgen der Familienstiftung	728
3. Schenkungsteuer	729
a) Stiftungerrichtung	729
b) Zustiftung	729
c) Mittelbare Vermögensmehrung	730
d) Erbsatzsteuer	730
e) Auflösung der Familienstiftung	730
4. Grunderwerbsteuer	731
5. Ertragsteuern	731
6. Besteuerung der begünstigten Familienangehörigen	731
IV. Vertragsgestaltung: Errichtung der Dr. S. Familienstiftung	731
Stichwortverzeichnis	737